

Politische Herausforderungen

Eine aktuelle politische Herausforderung ist die im Jahr 2013 eingereichte Volksinitiative «Pro Service public». Sie verlangt unter anderem ein Gewinnverbot für den Bund und für von ihm kontrollierte oder beauftragte Unternehmen im Bereich der Grundversorgung. Zudem sollen die Löhne der bundesnahen Unternehmen an diejenigen der Bundesverwaltung angeglichen werden.

Mit ihren Forderungen gefährdet die Initiative das heutige hohe Niveau der Grundversorgung – insbesondere in den Randregionen und den ländlichen Gebieten. Der Ständerat hat die Initiative ohne Gegenstimme abgelehnt. Hier finden Sie die wichtigsten Argumente gegen die Initiative:

1. Die Initiative ist irreführend und gefährdet die Grundversorgung.

Die Initiative ist sehr unklar formuliert und lässt vieles offen. Vor allem aber zeigt sie nicht auf, wie sie die Grundversorgung effektiv verbessern will. Sie birgt nur Risiken, bringt den Kundinnen und Kunden keine Vorteile und schadet in ihrer Gesamtwirkung der heute gut funktionierenden Grundversorgung in der Schweiz.

2. Die Initiative schwächt die bundesnahen Unternehmen im Wettbewerb und damit die Grundversorgung insgesamt.

Die Wettbewerbsposition der bundesnahen Unternehmen würde durch die Initiative geschwächt, denn die Forderungen richten sich nur an den Bund und die von ihm kontrollierten oder mit Grundversorgungsdienstleistungen beauftragten Unternehmen. Die Initiative würde damit einseitig die notwendige Handlungsfreiheit dieser Akteure und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit einschränken.

3. Mit den Verboten der Erzielung und Ausschüttung von Gewinnen sowie der Quersubventionierung werden Löcher in die Kassen von Gemeinden, Kantonen und Bund gerissen.

Durch die von der Initiative geforderten Verbote der Erzielung und Ausschüttung von Gewinnen sowie der verwaltungsinternen Querfinanzierungen entgehen dem Bund, den Verwaltungsbereichen, den Kantonen und den Gemeinden Einnahmen von insgesamt rund 1,2 Milliarden Franken jährlich. Um den heutigen Umfang und die Qualität des Service public weiterhin gewährleisten zu können, müssten bei einer Annahme der Initiative die Steuerzahlenden und die Konsumentinnen und Konsumenten tiefer in die Tasche greifen.

4. Die Initiative hat Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge der bundesnahen Unternehmen, nicht nur auf die Managerlöhne.

Alle Mitarbeitenden wären von der Forderung, die Löhne derjenigen der Bundesverwaltung anzupassen, betroffen. Ein innovativer und effizienter Service public braucht gut qualifiziertes Personal. Die Forderung der Initiative ist schlicht unrealistisch. Die Unternehmen müssen sich an den Löhnen der Märkte orientieren, in denen sie und ihre Konkurrenten tätig sind. Nur so können sie im Wettbewerb um Fachkräfte bestehen und nur so können sich die Unternehmen weiterentwickeln.

5. Die Initiative bringt keine Lösungsvorschläge für künftige Herausforderungen – vielmehr dreht sie das Rad der Zeit zurück.

Standard und Qualität der Service public-Leistungen in der Schweiz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Alle Landesteile und Regionen sind gut erschlossen, mit hochstehender Infrastruktur ausgestattet und profitieren von einer flächendeckenden Versorgung mit Dienstleistungen der Grundversorgung. Dies ist das Resultat von politischen Reformen in den letzten Jahren. Die Initiative stellt diese Errungenschaften in Frage und will das Rad der Zeit zurückdrehen, indem sie den Handlungsspielraum der Unternehmen einschränkt. Der heutige Umfang und die Qualität des Service public könnten so nicht mehr gewährleistet werden.

Testimonials



Thomas Egger, Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)

«Eine leistungsfähige Grundversorgung ist eine unerlässliche Standortvoraussetzung für die Bevölkerung und Wirtschaft in allen Landesgegenden.»

01.02.2016

Rückblick auf das Forum Public in Bildern

Am 27. Januar luden die SAB und der Gemeindeverband zur Veranstaltung "Forum public" ein. Wir blicken auf einen spannenden Abend und eine engagierte...

mehr

28.01.2016

Der Service Public – wichtig für den inneren Zusammenhalt der Schweiz

Gestern Abend haben die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB und der Schweizerischer Gemeindeverband SGV in Bern eine **Tagung zum...**

mehr

27.01.2016

VDK: Nein zur schädlichen „Pro Service public“ - Initiative

Die **Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK** fasste an ihrer Plenarversammlung vom 21. Januar 2016 die Parole zur Volksinitiative „Pro...

mehr